

JOURNAL · 01. JUNI 2026 · 9 MIN.

Energie in Bürgerhand

Ab dem 1. Juni 2026 wird Energy Sharing in Deutschland praktisch möglich. Der Artikel erklärt Energiegemeinschaften, Energiegenossenschaften und Strom vom Nachbarn wirkungsökonomisch.

Abbildungen und interaktive Grafiken sind in der verlinkten Onlinefassung verfügbar.

Digitale Lesefassung

Für Bildschirm und
Ausdruck

Original online

wirkungsoekonomie.de/blog/strom-vom-nachbarn-energy-sharing-wirkungsoekonomie.html

Einordnung: Dieser Beitrag ist eine journalistische Einordnung des Rechtsrahmens und seiner wirkungsökonomischen Bedeutung. Er ist keine individuelle Rechts-, Steuer-, Anlage-, Kredit-, Förder- oder Versicherungsberatung.

Kurzantwort

Ja: Ab dem 1. Juni 2026 können Betreiber:innen von Anlagen zur Erzeugung erneuerbaren Stroms diesen Strom unter bestimmten Voraussetzungen über das öffentliche Netz mit anderen Letztverbraucher:innen gemeinsam nutzen. Das ist der Kern des neuen Energy Sharing nach § 42c EnWG.

Aber die Begriffe müssen sauber getrennt werden: Nicht jede Energiegemeinschaft ist eine Genossenschaft, und nicht jede Energiegenossenschaft ist automatisch ein gutes Wirkungsmodell. Korrekt ist daher: Energy Sharing ist der energiewirtschaftliche Mechanismus. Energiegemeinschaft ist der Oberbegriff für gemeinschaftliche Energieprojekte. Energiegenossenschaft ist eine mögliche Rechts- und Organisationsform innerhalb dieses Spektrums.

Begriffliche Klarstellung

- **Energy Sharing:** rechtlicher und energiewirtschaftlicher Mechanismus der gemeinsamen Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien über das Netz.
- **Energiegemeinschaft:** redaktioneller und inhaltlicher Oberbegriff für Projekte, in denen Menschen, Kommunen, Unternehmen oder Organisationen Energie gemeinsam erzeugen, nutzen, speichern, finanzieren oder organisieren.
- **Energiegenossenschaft:** konkrete Organisations- und Rechtsform, meist als eingetragene Genossenschaft. Sie kann eine Energiegemeinschaft tragen, ist aber nicht die einzige Möglichkeit.
- **Bürgerenergiegesellschaft:** eigener energierechtlicher Begriff, insbesondere im EEG-Kontext. Sie kann als Genossenschaft oder in anderer Gesellschaftsform organisiert sein.
- **Strom vom Nachbarn:** alltagsnaher Begriff für Nachbarschaftsstrom beziehungsweise Energy Sharing, aber kein formloser Privatverkauf über den Gartenzaun.

Was sich am 1. Juni 2026 ändert

Bisher war lokal geteilter Strom in Deutschland meist auf Modelle hinter demselben Netzanschluss beschränkt: Eigenverbrauch, Mieterstrom oder gemeinschaftliche Gebäudeversorgung. Wer Strom aus einer Anlage an Menschen außerhalb des Gebäudes weitergeben wollte, geriet schnell in die volle Komplexität des Energieversorgungsrechts.

Mit § 42c EnWG wird nun die gemeinsame Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien über das öffentliche Netz möglich. Das ist entscheidend: Der Strom muss nicht mehr im selben Haus erzeugt und verbraucht werden. Ein Sharing-Lieferant kann überschüssigen Strom aus einer Erneuerbare-Energien-Anlage mit Sharing-Abnehmer:innen teilen. Diese erhalten zusätzlich Reststrom von einem frei gewählten Lieferanten, weil die lokale Anlage nicht jederzeit den gesamten Bedarf deckt.

Das klingt einfach, ist aber technisch, rechtlich und wirtschaftlich anspruchsvoll. Die Beteiligten brauchen einen Energy-Sharing-Vertrag, einen Liefervertrag, einen Aufteilungsschlüssel, viertelstündliche Messwerte und in der Praxis meist intelligente Messsysteme. Für den gesamten Strombezug fallen weiterhin Netzentgelte, Umlagen und Abgaben nach den geltenden Regeln an. Energy Sharing ist also keine Stromumgehung, kein kostenloser Nachbarschaftsstrom und kein kostenloses Schattennetz. Es ist eine rechtlich organisierte Form lokaler erneuerbarer Stromnutzung.

Was kostet Strom vom Nachbarn wirklich?

Energy Sharing klingt zunächst einfach: Eine Solaranlage erzeugt Strom, Nachbar:innen oder Mitglieder einer Energiegemeinschaft nutzen ihn mit. Doch wirtschaftlich ist das Modell komplexer. Sobald der Strom über das öffentliche Verteilnetz fließt, ist er kein kostenloser Strom vom Nachbarn. Neben dem vereinbarten Sharing-Preis fallen weiterhin Netzentgelte, Messkosten, Konzessionsabgabe, Umlagen, Steuern, Abrechnungskosten und Kosten für den Reststromlieferanten an.

Gerade die Netzentgelte sind der zentrale Streitpunkt. Deutschland gewährt Energy Sharing bislang keine pauschale Entlastung bei den Netzkosten. Auch wenn der Strom rechnerisch aus der Nachbarschaft kommt, wird das öffentliche Netz genutzt - und damit fallen reguläre Netzentgelte an. Das unterscheidet Energy Sharing von Modellen innerhalb eines Gebäudes oder hinter einem gemeinsamen Netzanschlusspunkt.

Hinzu kommen die Kosten der Umsetzung: Messstellenbetrieb und Smart Meter, Direktvermarktung, Bilanzierung, Marktkommunikation, Plattform- oder Dienstleisterkosten, Verträge, Abrechnung, Buchhaltung und Organisationskosten der Energiegemeinschaft. Der geteilte Strom deckt außerdem nur den zeitgleichen Anteil aus der Anlage ab. Alles, was nachts, im Winter oder bei schlechtem Wetter fehlt, kommt weiter über einen Reststromvertrag.

Damit ist Energy Sharing kein reines Billigstrommodell. Sein Wert liegt tiefer: Es macht Energie gemeinschaftlich organisierbar, hält Wertschöpfung vor Ort, stärkt Bürgerenergie und schafft einen neuen Rahmen für regionale Energiegemeinschaften. Ob es sich finanziell lohnt, hängt jedoch stark von Anlagengröße, Messinfrastruktur, Verbrauchsprofil, Reststrompreis, Abwicklungskosten und regulatorischen Details ab. Genau deshalb braucht Energy Sharing neben rechtlicher Öffnung auch faire Kostenregeln - sonst bleibt die Energiewende in Bürgerhand möglich, aber unnötig schwer.

Die ehrliche Kurzformel lautet: Energy Sharing macht Strom nicht automatisch billig. Der entscheidende Vorteil liegt zunächst nicht in einer staatlich garantierten Preisreduktion, sondern in lokaler Wertschöpfung, gemeinsamer Organisation, Preistransparenz und demokratischer Teilhabe. Wirtschaftlich attraktiv wird das Modell vor allem dann, wenn die Erzeugungskosten niedrig, die Abwicklung schlank, die Smart-Meter-Infrastruktur vorhanden und der Anteil zeitgleich genutzten Stroms hoch ist.

Warum der Oberbegriff Energiegemeinschaft besser ist

Der Begriff Energiegenossenschaft ist wichtig, aber zu eng. Er beschreibt eine konkrete Organisationsform. Viele starke Bürgerenergieprojekte sind tatsächlich Genossenschaften, weil diese Rechtsform demokratische Mitentscheidung, gemeinsames Eigentum und lokale Beteiligung besonders gut abbilden kann. Trotzdem wäre es falsch, den ganzen neuen Energy-Sharing-Raum auf Genossenschaften zu verengen.

Eine Energiegemeinschaft kann als Genossenschaft organisiert sein. Sie kann aber auch von einer Kommune, einem Stadtwerk, einem Verein, einer Gesellschaft, einem Quartiersprojekt, einer Wohnungsinitiative, einem Zusammenschluss kleiner Unternehmen oder einer anderen lokalen Struktur getragen werden. Entscheidend ist nicht zuerst die Rechtsform, sondern die gemeinschaftliche Organisation von Energieerzeugung, Nutzung, Finanzierung, Verantwortung und Wirkung.

Für den Journal-Artikel ist deshalb "Energiegemeinschaft" der bessere Oberbegriff. Er hält den Raum offen und vermeidet die falsche Aussage, als dürften oder müssten ab dem 1. Juni 2026 vor allem Energiegenossenschaften gegründet werden. Genossenschaften konnten schon vorher gegründet werden. Neu ist der Rechtsrahmen, der gemeinschaftliche Stromnutzung über das öffentliche Netz praktikabler macht.

Strom vom Nachbarn: ja - aber nicht als romantische Abkürzung

Die wichtigste Botschaft lautet: Ja, Strom vom Nachbarn kann ab dem 1. Juni 2026 möglich sein. Aber es ist nicht der direkte Verkauf per Verlängerungskabel über den Gartenzaun. Der Strom wird bilanziell über das öffentliche Verteilnetz geliefert. Genau deshalb bleiben Netz, Messung, Bilanzierung und Reststromversorgung relevant.

Das ist aus wirkungsökonomischer Sicht kein Nachteil, sondern eine ehrliche Systemgrenze. Auch dezentrale Energie braucht Infrastruktur. Netze, Speicher, Messstellenbetrieb, Bilanzierung und Reserveversorgung erzeugen Kosten und Systemwirkung. Wer lokale Erzeugung stärkt, darf diese Infrastruktur nicht unsichtbar machen. Wirkung entsteht nicht dadurch, dass man Komplexität leugnet. Wirkung entsteht dadurch, dass man Komplexität besser organisiert.

Energiegemeinschaften als neue Wirkungsräume

Energiegemeinschaften können Dächer, Freiflächen, Speicher, Haushalte, Kommunen, kleine Unternehmen und Nachbarschaften so verbinden, dass lokale erneuerbare Energie nicht nur erzeugt, sondern gemeinschaftlich genutzt wird.

Damit entsteht ein Wirkungsraum. Energiegemeinschaften verbinden Klimaschutz mit Teilhabe, regionale Wertschöpfung mit Versorgungssicherheit, technische Infrastruktur mit demokratischer Mitentscheidung. Genau hier liegt ihre wirkungsökonomische Stärke: Sie machen Bürger:innen nicht nur zu Kund:innen, sondern zu Mitautor:innen der Energieordnung.

Das gilt besonders dann, wenn eine Energiegemeinschaft sozial zugänglich ist, zusätzliche erneuerbare Erzeugung ermöglicht, transparent abrechnet, Speicher und Lastmanagement einbindet, vulnerable Haushalte mitdenkt und ihre Entscheidungen demokratisch oder zumindest nachvollziehbar organisiert.

Warum Energiegenossenschaften trotzdem eine Schlüsselrolle spielen

Energiegenossenschaften bleiben ein besonders starkes Modell, weil sie Eigentum, Finanzierung, Verantwortung und Mitentscheidung bündeln können. Sie sind geeignet, Bürger:innen dauerhaft an Energieprojekten zu beteiligen, lokale Akzeptanz zu erhöhen und Erträge in der Region zu halten.

Aber die Genossenschaft ist kein automatisches Ethik-Update. Eine Energiegenossenschaft kann gut, neutral oder problematisch wirken - je nachdem, wie sie gebaut ist. Entscheidend sind Transparenz, faire Teilhabe, tatsächlicher Ausbau erneuerbarer Energien, netzdienliches Verhalten, soziale Zugänglichkeit, Datenklarheit und demokratische Governance.

Die saubere Formel lautet deshalb: Jede gute Energiegenossenschaft kann eine starke Energiegemeinschaft sein. Aber nicht jede Energiegemeinschaft muss eine Genossenschaft sein. Und keine Rechtsform garantiert automatisch positive Netto-Wirkung.

Energy Sharing als Wirkungsinfrastruktur

In der Wirkungsökonomie ist Energie nicht nur eine Ware. Energie ist eine kritische Wirkungsfunktion. Ohne bezahlbaren Strom gibt es keine digitale Teilhabe, keine funktionierende Pflegeinfrastruktur, keine Bildung, keine Kühlung in Hitzewellen, keine lokale Wirtschaft und keine resiliente Demokratie.

Deshalb ist Energy Sharing mehr als ein neues Geschäftsmodell für Photovoltaikanlagen. Es verschiebt die Frage: von "Was kostet Strom heute?" zu "Welche Energieordnung macht Menschen, Regionen und Demokratie langfristig sicherer?"

Lokale erneuerbare Energie kann mehrere Wirkungen gleichzeitig erzeugen. Sie reduziert fossile Abhängigkeiten. Sie stärkt regionale Wertschöpfung. Sie macht Energiepreise für Teilnehmende planbarer. Sie erhöht Akzeptanz für Erneuerbare, weil Menschen nicht nur Anlagen sehen, sondern Nutzen erfahren. Sie kann Energiearmut mindern, wenn Kommunen, Genossenschaften und öffentliche Einrichtungen gezielt vulnerable Haushalte einbinden. Und sie stärkt Resilienz, weil Versorgung nicht nur aus wenigen zentralen Quellen kommt.

Was der neue Rechtsrahmen noch nicht löst

Der Start ist wichtig, aber er ist kein fertiges Wirkungsmodell. In Deutschland ist Energy Sharing bislang nicht umfassend privilegiert. Netzentgelte, Umlagen und Abgaben fallen weiter an. Die wirtschaftlichen Vorteile können deshalb begrenzt sein. Hinzu kommen Smart-Meter-Verfügbarkeit, Abrechnungsfragen, Dienstleisterkosten und die praktische Umsetzungsbereitschaft der Verteilnetzbetreiber.

Auch die räumliche Begrenzung ist relevant. In der ersten Stufe ist Energy Sharing im Bereich eines Verteilnetzbetreibers beziehungsweise innerhalb des zulässigen Bilanzierungsraums vorgesehen. Ab 2028 soll der Aktionskreis erweitert werden. Für kleine Stadtwerke kann das zunächst enge Grenzen setzen; in großen Netzgebieten kann es bereits jetzt größere Nachbarschafts- und Quartiersmodelle ermöglichen.

Wirkungsökonomisch ist deshalb wichtig: Nicht jedes Energy-Sharing-Projekt ist automatisch transformativ. Ein kleines Projekt mit hohem Verwaltungsaufwand, geringer sozialer Zugänglichkeit und ohne zusätzlichen Erneuerbaren-Ausbau kann begrenzte Netto-Wirkung haben. Ein gut organisiertes Projekt mit Bürgerbeteiligung, Speicherintegration, fairen Tarifen, Netzdienlichkeit und kommunaler Einbindung kann dagegen echte Transformationswirkung erzeugen.

Der größere Punkt: Das Preisschild beginnt zu lernen

Der eigentliche Durchbruch liegt nicht darin, dass jemand ein paar Cent mehr für PV-Strom bekommt und jemand anderes ein paar Cent weniger bezahlt. Der größere Punkt ist, dass Strom erstmals stärker als lokale Wirkung sichtbar werden kann. Das Preisschild beginnt zu lernen: Woher kommt der Strom? Wer erzeugt ihn? Welche Infrastruktur nutzt er? Welche Abhängigkeiten reduziert er? Welche Teilhabe ermöglicht er? Welche Risiken senkt er?

Damit nähert sich das Energiesystem der Logik der Wirkungsökonomie. Märkte bleiben bestehen. Preise bleiben bestehen. Verträge bleiben bestehen. Aber die Signale werden wahrheitsfähiger. Strom ist dann nicht mehr nur Kilowattstunde und Tarif, sondern verdichtete Wirkung: Klima, Netz, Region, Teilhabe, Resilienz und Demokratie.

Schluss

Der 1. Juni 2026 ist kein fertiger Systemwechsel. Aber er ist ein wichtiges Datum, weil ein neuer Wirkungsraum geöffnet wird. Energy Sharing macht sichtbar, was die alte Energieordnung zu lange verdeckt hat: Menschen sind nicht nur Verbraucher:innen. Sie können Erzeuger:innen, Teilhabende, Genoss:innen, Nachbar:innen und Mitgestaltende kritischer Infrastruktur sein.

Für die Wirkungsökonomie ist das der entscheidende Punkt. Eine gute Energieordnung fragt nicht nur, wie viel Strom produziert wird. Sie fragt, welche Zustände dadurch entstehen. Mehr Abhängigkeit oder mehr Resilienz? Mehr Marktkomplexität oder mehr lokale Handlungsfähigkeit? Mehr fossile Pfadbindung oder mehr demokratische Teilhabe?

Strom vom Nachbarn ist deshalb kein Randthema. Es ist ein kleiner Satz mit großer Systemwirkung: Energie kann wieder näher an die Menschen rücken. Nicht als Nostalgie, sondern als lernende Infrastruktur einer Gesellschaft, die Wirkung endlich ernst nimmt.

Quellen und redaktionelle Grundlage

1. [Bundesnetzagentur: Energy Sharing, Verbraucherportal Energie](#)
2. [Bundesnetzagentur: Netzentgelte](#)
3. [Bundesnetzagentur: Messeinrichtungen und Kosten](#)
4. [Bundesnetzagentur: Preisbestandteile und Tarife](#)
5. [FfE: Gesetzliche Premiere für Energy Sharing](#)
6. [Energiewirtschaftsgesetz \(EnWG\), § 42c: Gemeinsame Nutzung elektrischer Energie aus Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbaren Energien](#)

7. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), § 3: Definition Bürgerenergiegesellschaft
8. Verbraucherzentrale: Energy Sharing - Teilen Sie Solarstrom 2026 profitabel mit den Nachbarn
9. Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie: Energy Sharing in Deutschland
10. IÖW / Future Energy Lab: Energy Sharing - Können Haushalte, Kommunen und Energiegenossenschaften ab jetzt wirklich Strom verkaufen?
11. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Bürgerenergie: Die Energiewende aktiv mitgestalten
12. European Commission: Electricity market design
13. Natalie Weber: Führender Begriffsleitfaden der Wirkungsökonomie, Version 1.0, 21.05.2026.
14. Natalie Weber: Die neue Ordnung des Wohlstands, Manuskriptfassung 2026, Abschnitte zu Energie als Wirkungsinfrastruktur, Bürgerenergie, Dezentralität und Resilienz.
15. Natalie Weber: WÖK-Partei - Grundsatzprogramm, Abschnitt SDG 7: Bezahlbare und saubere Energie.

Schutzlinie: Energy Sharing ist kein amtlicher Wirkungsstandard, keine automatische Steuerentscheidung und keine Personenbewertung. Die Wirkungsökonomie bewertet Wirkung neutral und relational; positive Wirkung wird am Referenzrahmen SDGs, Agenda 2030 und SDG+ geprüft.